



Hans-Gerhard Klatt

Rolle rückwärts in der Zeitenwende?

Anfragen an den Drang zur Neuaufstellung
der Evangelischen Friedensethik

Sehr schnell war nach dem Schock des russischen Angriffskriegs gegen die Ukraine vom 24. Februar die von viel EKD-Prominenz in der Herausgeber-schaft getragene Zeitschrift „Zeitzeichen“ dabei, nicht nur „die friedensethische Haltung der evangelischen Kirche auf dem Prüfstand“ zu sehen (so im Editorial des April-Heftes 4/2022), sondern gleich den Aufschlag „zu einer neuen evangelischen Friedensethik“ ins Programm zu nehmen. „Erste Perspektiven“ zur Neupositionierung durfte der Vorsitzende der Kammer für Öffentliche Verantwortung, der Münchner Systematiker Reiner Anselm, formulieren, der sich für diese Aufgabe Militärpfarrerin Katja Bruns und Militärdekan

Die Menschheit
wird zu Ende gehen
und der Planet wird
sich dann ohne die
Menschheit erholen.
Davon gehe ich aus.
Leider.

Roger Mielke an die Seite holte. „Starke Zeichen“ war der Artikel überschrieben. Welche Zeichen gemeint waren, offenbarte der Schluss: „Es braucht starke Zeichen, die die Vorläufigkeit unseres menschlichen Ringens um Frieden inmitten von Gewalt deutlich machen“. Der Artikel ließ unmissverständlich verstehen, dass damit nicht an Zeichen des entschlossenen gewaltlosen Widerstands gedacht war, sondern an Zeichen der militanten Wehrhaftigkeit mit den „technologisch fortgeschrittensten Waffen“ einer „leistungsfähigen Rüstungsindustrie“ inklusive der atomaren Abschreckung.

Abschied vom Universalismus

Auf dem Argumentationsweg zu diesem Schluss der starken Zeichen wurde ein Generalangriff auf die angeblich realitätsferne „Verkürzung des Leitbilds vom gerechten Frieden“ durch die von binnenkirchlicher Naivität getragenen Synodenbeschlüsse seit der Friedensdenkschrift von 2007 gefahren. Diese folgten nur noch einem „pflichtenethischen Rigorismus“ und hätten die andere Seite der Denkschrift einer „güterethischen Verantwortungsethik“ vergessen. Die universalistische Perspektive der Gewaltfreiheit behalte ein „spirituelles Recht“ und sei in ihren biblischen Erzählungen und Bildern als moralische Imaginationen gut für Gottesdienste und Liturgien. Friedensethik aber dürfe nur noch „wirklichkeitsgesättigt“ entworfen und vertreten werden und habe sich von der Idee „eines kosmopolitisch konzipierten Rechtsfriedens“, von der universalistischen Hoffnung auf „Weltinnenpolitik“, zu verabschieden. Gegenüber einem Aggressor, der sich nicht mehr als Rechtsgenosse verstehe, müsse die Friedensethik ihre Bindung an das Völkerrecht aufgeben. Weil „das Politische“ nur in umgrenzten Räumen gestaltet werde, seien auch für die Friedensethik die geopolitisch beschränkten und allein demokratisch kontrollierten nationalstaatlichen Interessenslagen die maßgebliche Orientierungsgrö-



In vielen Schulen gibt es Friedensaktionen für die Ukraine.



ße. Die drei Autor:innen ahnen wohl, dass sie sich damit kaum noch auf der Basis der Denkschrift vom „gerechten Frieden“ von 2007, ganz zu schweigen vom ÖRK-Konsens von Busan 2013 mit seiner Ausrichtung auf das humanitäre Völkerrecht, bewegen. So nimmt es nicht Wunder, dass am Schluss des Artikels ihr Rückbezug die Heidelberger Thesen von 1959 sind. Rolle rückwärts in die Zeit der atomaren Aufrüstung im Kalten Krieg gelungen.

Komplementarität als Übergangs-Ethos

Damals hat die Forschungsstelle der Evangelischen Studiengemeinschaft FEST in Heidelberg versucht, aus der synodalen Entscheidungsunfähigkeit in der Frage der Atombewaffnung von 1958 herauszuführen, indem sie der „Ohnmachtsformel“ der Synode („Wir bleiben unter dem Evangelium zusammen“) einen strategischen Begriff an die Seite stellte: „Wir müssen versuchen, die verschiedenen im Dilemma der Atomwaffen getroffenen Gewissensentscheidungen als komplementäres Handeln zu verstehen“ (6. Heidelberger These). Sie hat Komplementarität damals bewusst als das „Ethos einer Übergangszeit“ verstanden. Uns 63 Jahre später wieder friedensethisch in der Komplementarität von „pazifistischem Friedenszeugnis und gewaltbewehrter politischer Ordnung“ festhalten zu wollen, als wäre nichts an reflektierter Entwicklung geschehen, zeugt nicht gerade von einem wertschätzenden Verhältnis zu den synodalen Entscheidungsprozessen der letzten Jahrzehnte.

Leider stehen die drei Autor*innen nicht allein. Die Zeitschrift „Zeitzeichen“ hat zwar im Mai-Heft die Debatte über „Krieg und Frieden. Neue Fragen an die evangelische Ethik“ auch für andere Positionen geöffnet, doch interviewt hat sie in diesem Heft nur den evangelischen Militärbischof der Bundeswehr Bernhard Felmborg, während sie den Friedensbeauftragten der EKD, Bischof Friedrich Kramer, erst im Juli-Heft zu Wort kommen ließ. Felmborg hat sie empathisch befragt, ob die Friedensethik der EKD überarbeitet werden müsse und es 2007 nicht „ein bisschen naiv“ gewesen sei, „dass man glaubte, alle sind so vernünftig und wollen nur diplomatische Lösungen haben in der Weltpolitik“, während Kramer, der deutsche Waffenlieferungen kritisch befragt und in den Synodenbeschlüssen der EKD von 2019 auch für die gegenwärtige Situation des russischen Angriffskrieges eine ausreichende friedensethische Orientie-

rungskraft sieht, mit beständigen „Aber“-Fragen konfrontiert wurde.

Wie ausreichend ist die Dilemma-Bekundung?

Das „Dilemma“ von 1959 ist ein Hauptwort der Ratsvorsitzenden Annette Kurschus in diesen Wochen, oft in persönlicher Zuspitzung. Zum „persönlichen Dilemma“ ihrer Befürwortung der Waffen-Lieferung an die Ukraine als Hilfestellung zur Selbstverteidigung bekundet sie: „Wir sehen jetzt: Dieser für uns friedliebende Christen schwierige und unangenehme Gedanke muss weitergedacht und neu befragt werden.“ Dabei war das Recht auf Selbstverteidigung auch mit Waffengewalt als ultima ratio immer noch Teil aller Beschlusslagen zum „gerechten Frieden“. Warum es nun weitergedacht und neu befragt werden muss, dieser Satz bleibt unklar und öffnet die Hintertür einer Distanzierung vom „gerechten Frieden“. Ohne Not, denn das Selbstverteidigungsrecht der Ukraine steht nirgends zur Disposition. Die Frage ist auch, wem die Einsicht in das persönliche Dilemma-Empfinden der Ratsvorsitzenden helfen soll. Bei vielen steht die Hoffnung im Raum, wenigstens von der Kirche als einer normativen Kraft in der Gesellschaft Überlegungen an die Hand zu bekommen, in denen Handlungsoptionen auf langfristige Folgewirkungen jenseits der aktuellen Betroffenheit ethisch durchreflektiert sind und die aus dem je eigenen Dilemma-Empfinden herauszuhelfen vermögen. Stattdessen aber bekommt man als Freund des Friedens von der Ratsvorsitzenden noch die Breitseite geliefert: „Unsere Friedensethik darf nicht zu einer steilen Ideologie werden, die wir anderen vorhalten, um selbst edel und gut zu bleiben“. Damit will sie sicher niemand verletzen, etwa ihren Friedensbeauftragten. Sie offenbart vielmehr, so vermute ich, mit dem Satz ihre Ängste, wie sie von der politischen Öffentlichkeit zerrissen werden würde, wenn sie ein kirchenoffizielles Nein zum Waffen-Wunsch der Ukraine verkünden würde. Doch kann Angst vor dem politischen Diskurs ein Argument zur Ausrichtung der eigenen Friedensethik sein?

Friedensethische Zeitenwende?

Einer ihrer Vorgänger, Altbischof Wolfgang Huber, sieht zwar keine Notwendigkeit, von der Friedensdenkschrift von 2007 abzurücken, nimmt aber den Begriff des Kanzlers von der Zeitenwende auf und

Ich glaube, dass Jesus auch deshalb gern zu den Sündern gegangen ist, weil es dort lustiger war, weil dort gut gekocht wurde und alles ein bisschen sinnlicher war als bei denen, die alles richtig machen.

spricht von einer „friedensethischen Zeitenwende“. Sie bestehe darin, dass der „auf den Verbrechen des 20. Jahrhunderts fußende deutsche Sonderweg“ nicht mehr zur Verfügung stehe (alle Zitate auf der EKD-Homepage zu finden). Das Argument stößt unangenehm auf, zumal es von einem so klugen Denker wie Wolfgang Huber kommt. In allen aktuellen politischen Auseinandersetzungen um das deutsche Verhältnis zu Israel und den Kampf gegen wachsenden Antisemitismus – von der Documenta in Kassel bis zur ÖRK-Vollversammlung in Karlsruhe – hat der ethische Verantwortungsrückbezug auf die deutschen NS-Verbrechen seine unverzichtbare Kraft bewiesen. Und natürlich können wir uns für das deutsch-russische Verhältnis nicht von einem Blick auf die fortwirkenden Traumata des deutschen Überfalls auf die Sowjetunion in der heutigen russischen Gesellschaft, auf die hohen russischen Opferzahlen im Zweiten Weltkrieg und auf die historische Rolle als Befreier von Auschwitz dispensieren. Hubers Satz kommt dem rechten Populismus, es müsse endlich Schluss sein mit der deutschen Erinnerungspolitik, gefährlich nahe.

So populär auch die Rede von der Zeitenwende geworden ist, so muss doch gefragt werden, worin sie eigentlich bestehen soll und ob sie zu Recht besteht. Mit den Worten von Annette Kurschus besteht sie in einer neuen Notwendigkeit zur Militarisierung der Politik aufgrund eines „Aggressor(s), der sich an keine internationalen Regeln hält und mit dem ein Vertrauensaufbau nicht möglich ist“. Richtiger wäre es, das neue politische Datum des 24. Februars als den katastrophischen Endpunkt einer nicht vollzogenen Zeitenwende nach der Auflösung der Sowjetunion 1991 zu betrachten. Die Friedensforschung spricht von den 1990er Jahren als einem sicherheitspolitisch vergeudeteten Jahrzehnt, in dem es nicht gelungen ist, mit der OSZE eine europäische Sicherheitsarchitektur gemeinsam mit Russland aufzubauen. Seit dem NATO-Angriff auf die Bundesrepublik Jugoslawien ohne UN-Mandat vom 24. März 1999 (Kosovo-Krieg) sind völkerrechtswidrige Angriffe auf einen anderen Staat sowohl auf Seiten des Westens als auch auf Seiten Russlands ein vielfach angewendetes Politikmuster im 21. Jahrhundert geworden.

Die „nicht erlöste Welt“ als fragwürdige Chiffre

Neu waren am 24. Februar 2022 nur die Nähe des Kriegsschauplatzes und die Gefahr einer atomaren Eskalation. Neu war, dass selbst bei anerkannten Politikwissenschaftler*innen das „Dämonische“ als Kategorie in der Politischen Analyse eingeführt wurde und sich die Erklärungssuche für den 24. Februar auf die Persönlichkeitsstruktur Putins als des neuen Hitlers konzentrierte. All das schreit geradezu danach, dass sich die Friedenslogik bestätigt sehen und nicht die Kriegslogik aus dem Ukraine-Krieg herausführen kann, so sehr die Selbstverteidigung der überfallenen Ukraine richtig war und ist. Die Friedensforschung denkt nicht daran, abzudanken und sich durch Geopolitik zu ersetzen, sondern argumentiert, dass es mehr denn je einer „zukunftsorientierten Friedenswissenschaft“ (Jürgen Scheffran; vgl. W&F 3/22) bedürfe. Warum im Vergleich dazu die evangelische Kirche sich so leicht von ihrem Weg zur „Kirche des gerechten Friedens“ abbringen lässt, das bleibt unklar. Es wirft Fragen auf, wie ernsthaft und tiefgehend der friedensethische Entwicklungsprozess wirklich verankert war.

Plötzlich spielen anachronistische Denkfiguren wieder eine Rolle, die längst in der Mottenkiste der Theologiegeschichte verschwunden waren. „In der noch nicht erlösten Welt“, diese Chiffre wird wieder zur relevanten Kontextbeschreibung für unsere ethische Urteilsfindung, um eine pazifistische Haltung als naiv bis unverantwortlich zu kennzeichnen. Als ob es eine vernünftig vertretbare Position sein könnte, dass wir bereits in einer erlösten Welt lebten. Alles, worauf wir uns neutesamentlich beziehen können, ist im Kontext des römischen Imperiums und des jüdischen Krieges formuliert worden und nicht im himmlischen Jerusalem. Das realpolitische Nein zum militanten Widerstand der Zeloten ist unser Grundgerüst. Die „noch nicht erlöste Welt“ war immer die Chiffre für die herrschaftskonforme Befürwortung militaristischer Ordnungspolitik im Wissen, dass diese eigentlich theologisch nicht zu rechtfertigen war. Und sie bleibt es auch, wie modern auch immer sie daherkommt.

Hans-Gerhard Klatt

Pastor und Sozialpädagoge